

Die neoklassische Interpretation der Eurokrise

Till van Treeck

Basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule argumentieren viele Ökonomen, dass die Krisenländer nach der Einführung des Euro zu lange über ihren Verhältnissen gelebt und so die Eurokrise verursacht hätten. Ihre Sichtweise wird hier zusammengefasst.

Statt die nach Einführung des Euro zusätzlichen Kapitalströme aus dem Ausland für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese nach neoklassischer Lesart primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von staatlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder hat sich entsprechend verschlechtert. Im Ergebnis nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu Exportdefiziten geführt hat.

Basierend auf der Diagnose, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern (Länder mit Exportdefiziten) der Krise zugrunde liegen, werden folgende wirtschaftspolitische Empfehlungen formuliert: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die angebotsseitigen Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts (z.B. weniger Kündigungsschutz, geringere Mindestlöhne), Deregulierung der Produktmärkte (z.B. weniger bürokratische Vorschriften für Unternehmen, mehr Wettbewerb, Privatisierungen) und Senkung der Staatsausgaben, insbesondere der Ausgaben für staatlichen Konsum.

Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsequent anwenden

Schließlich wird die Krise als Staatsschuldenkrise eingestuft: Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nicht mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Regeln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Staatsverschuldung. Spanien und Irland verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, nachdem die Krise ausgebrochen war.

Neoklassische Ökonominnen und Ökonomen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder von den solideren Ländern durch großzügige finanzielle Hilfen (sogenannter Bail-out) "gerettet" werden sollen. Hinter dieser ablehnenden Haltung steht das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen Vertreterinnen und Vertreter dieses eher angebotsorientierten Ansatzes, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet bzw. verschärft werden.

Keynesianische Politikempfehlungen, welche darauf abzielen, das Wirtschaftswachstum durch höhere staatliche Ausgaben statt durch Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten anzuschieben, werden von eher neoklassisch ausgerichteten Ökonominnen und Ökonomen abgelehnt, weil sie aus ihrer Sicht die Wettbewerbsfähigkeit und privatwirtschaftliche Dynamik der Eurozone insgesamt gefährden würden.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-sa/4.0
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-sa/4.0
Autor: Till van Treeck für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.